

Helmut Kohl:

Die Einheit kommt Der Weg ist frei

Bundeskanzler Helmut Kohl hat bei seinem Besuch in Moskau die Zusage bekommen, daß die Deutschen Zeitpunkt und Weg ihrer Einheit selbst bestimmen können. Nach seinem Gespräch mit dem sowjetischen Staats- und Parteichef erklärte der Kanzler:

„Ich habe an alle Deutschen eine einzige Botschaft zu übermitteln. Generalsekretär Gorbatschow und ich stimmen darin überein, daß es das alleinige Recht des deutschen Volkes ist, die Entscheidung zu treffen, ob es in einem Staat zusammenleben will.

Generalsekretär Gorbatschow hat mir unmißverständlich zugesagt, daß die Sowjetunion die
(Fortsetzung auf Seite 2)

HEUTE AKTUELL

- **Deutschland**
Helmut Kohl: Wir haben jetzt die Chance, die Einheit unseres Vaterlandes zu vollenden. Seite 5
- **Energie**
Erfolg für Bergbau und Bergleute: Jahrhundertvertrag abgesichert. Seite 22
- **Erwerbstätigkeit**
Neue Wege in der Arbeitsmarktpolitik. Seite 23
- **Wahlen in der DDR**
Volker Rühle: Die SPD in der DDR wird die Masseneintritte von Mitgliedern der SED nicht verkräften. Seite 25
- **Dokumentation**
Argumente zur Wahl am 18. März. Grüner Teil

„Freunde helfen Freunden“

In einem Brief an die Kreisvorsitzenden stellt Helmut Kohl die Aktion „Freunde helfen Freunden“ vor und wirbt damit um die Unterstützung der „Allianz für Deutschland“ im Wahlkampf (Seite 3).

Wie diese Hilfe im einzelnen aussieht, erläutert der Generalsekretär nach einer Sitzung des Bundesvorstandes (Seite 27). Vorschläge und Materialien für die Aktion finden Sie auf den Seiten 29 und 30.

Ein guter Tag für Deutschland

(Fortsetzung von Seite 1)

Entscheidung der Deutschen, in einem Staat zu leben, respektieren wird, und daß es Sache der Deutschen ist, den Zeitpunkt und den Weg der Einigung selbst zu bestimmen.

Generalsekretär Gorbatschow und ich waren uns ebenfalls einig, daß die deutsche Frage nur auf der Grundlage der Realitäten zu lösen ist: das heißt, sie muß eingebettet sein in die gesamteuropäische Architektur und in den Gesamtprozeß der West-Ost-Beziehungen. Wir müssen die berechtigten Interessen unserer Nachbarn und unserer Freunde und Partner in Europa und in der Welt berücksichtigen. Es liegt jetzt an uns Deutschen in der Bundesrepublik und in der DDR, daß wir diesen gemeinsamen Weg mit Augenmaß und Entschlossenheit gehen.

Generalsekretär Gorbatschow und ich haben ausführlich darüber gesprochen, daß auf dem Wege zur deutschen Einheit die Fragen der Sicherheit in Europa herausragende Bedeutung haben. Wir wollen die Frage der unterschiedlichen Bündniszugehörigkeit in enger Abstimmung auch mit unseren Freunden in Washington, Paris und London sorgfältig beraten und gemeinsam eine Lösung finden.

Ich danke Generalsekretär Gorbatschow, daß er dieses historische Ergebnis ermöglicht hat. Wir haben vereinbart, im engsten persönlichen Kontakt zu bleiben. Dies ist ein guter Tag für Deutschland und ein glücklicher Tag für mich persönlich.“

Erklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl am 10. Februar in Moskau nach seiner Unterredung mit Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow. (Siehe auch Seite 10)

Alfred Dregger:

Der größte Erfolg eines Kanzlers nach Adenauer

Zum Ergebnis der Gespräche des Bundeskanzlers mit der sowjetischen Führung erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion beglückwünscht den Bundeskanzler und dankt ihm für den großartigen Erfolg seiner Gespräche in Moskau.

Das Signal aus dem Kream ist klar: Die Sowjetunion wird sich der staatlichen Einheit Deutschlands nicht entgegenstellen. Staatspräsident Gorbatschow hat damit gezeigt, daß er das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes achtet.

Helmut Kohl ist heute der bedeutendste Bundeskanzler seit Konrad Adenauer. Sein Erfolg in Moskau — die vollständige Wende in der sowjetischen Außen- und Deutschlandpolitik — wurde auch möglich, weil CDU und CSU von der Geburtsstunde der Unionsparteien an die deutsche Frage offen gehalten, die Überwindung der Teilung Deutschlands angestrebt und das nationale Anliegen der Deutschen ohne jedes Schwanken beharrlich in Ost und West verfolgt haben.

Michail Gorbatschow und Helmut Kohl haben in Moskau den Grundstein gelegt für friedliche und freundschaftliche Beziehungen zwischen den Völkern der Sowjetunion und dem deutschen Volk; außerdem für eine europäische Friedensordnung, die es jetzt klug und besonnen im Zusammenwirken mit unseren Verbündeten, unseren Nachbarn und der Sowjetunion auszuarbeiten gilt.

„Freunde helfen Freunden“

Helmut Kohl stellt Aktion vor

In einem Brief an die Kreisvorsitzenden hat der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, um die Unterstützung der „Allianz für Deutschland“ im Wahlkampf geworben und an die Mitverantwortung für unsere Landsleute in der DDR appelliert:

Die Wahlen in der DDR am 18. März sind mitentscheidend für die Zukunft Deutschlands. Wir haben nunmehr in der „Allianz für Deutschland“ einen Partner, der die gleichen Ziele hat wie wir: Rechtsstaatliche Demokratie, Soziale Marktwirtschaft, breiter Wohlstand und soziale Sicherheit — und nicht zuletzt die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands in einer europäischen Perspektive.

Die Parteien dieses Bündnisses „Demokratischer Aufbruch sozial und ökologisch“, „Deutsche Soziale Union“ und die „Christlich Demokratische Union Deutschlands“ wollen sich im Wahlkampf gegenseitig unterstützen und durch einen hohen Wahlerfolg die Bildung einer Regierung der Allianz ermöglichen. Sie haben uns um Hilfe gebeten. Wir werden sie gerne unterstützen. Der Bundesvorstand hat bei seiner Sitzung am 8. Februar 1990 einen entsprechenden Beschluß gefaßt. Es liegt auf der Hand, daß wir, die CDU Deutschlands, besonders gefordert sind, den Menschen in der DDR und unseren Partnern gegenüber Solidarität zu beweisen und ihnen Hilfe zu leisten.

Die CDU hat immer in entscheidenden Situationen bewiesen, daß sie zu

außergewöhnlichen Kraftanstrengungen in der Lage ist. Ich rufe Sie und alle Mitglieder der Christlich Demokratischen Union Deutschlands auf, die „Allianz für Deutschland“ aktiv und geschlossen zu unterstützen. Dabei sollten wir die Zusammenarbeit der Parteien dieses Bündnisses fördern, wo immer dies möglich ist. Jeder Kreisverband der CDU ist aufgerufen, seinen Partnerkreisverband in der DDR zu unterstützen.

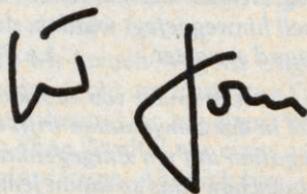
Es liegt jetzt an uns, zu zeigen, daß wir unsere politischen Freunde nicht im Stich lassen. Machen Sie deshalb auch mit bei unserer Aktion „Freunde helfen Freunden“.

Hierfür und für die Wahlkampfunterstützung insgesamt hat die Bundespartei eine Fülle von Informations- und Verteilmaterial sowie Aktionsvorschläge erarbeitet. (Siehe Seite 29 dieser Ausgabe)

Wir Christlichen Demokraten in der Bundesrepublik Deutschland haben eine Mitverantwortung für unsere Landsleute in der DDR. Was jetzt zählt, ist die Einsatzbereitschaft unserer Mitglieder.

Ich rufe alle Mitglieder der Christlich Demokratischen Union Deutschlands auf, unsere Partner in der DDR aktiv und geschlossen zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen



Pressestimmen zum Moskau-Besuch des Kanzlers

Ein guter Tag für Deutschland hat Helmut Kohl gesagt. So ist es. Ein Satz ohne Pathos. Genscher und er haben die Gunst der Stunde auf dem Hintergrund der Entwicklung in der DDR genutzt.

Neue Rhein-Zeitung

Ein Fortschritt im Verhältnis zur Sowjetunion, der gar nicht hoch genug bewertet werden kann. Wir nähern uns einem Klima der politischen Verständigung, wie es niemals vorstellbar gewesen wäre. Diese Zeit wird immer aufregender!

Kölnische Rundschau

Und dennoch hat die Moskaureise von Helmut Kohl historische Bedeutung. Jetzt erst nach dem vierstündigen Gespräch mit Gorbatschow und dessen offizieller Zustimmung

Das Tor zur Einheit ist weit aufgestoßen

... mung zur allein deutschen Zuständigkeit, befindet sich der denkwürdige, in seiner Beschleunigung und Dramatik nicht ungefährliche Prozeß zur deutschen Einheit auf der richtigen Schiene.

Die Welt

Kohl hat Moskau triumphierend verlassen. Fast ohne Gegenleistung hat er Gorbatschow die Zustimmung zur Vereinigung von Bundesrepublik und DDR abgerungen. ... Daß tiefsitzende Vorbehalte derart schnell hinweggefegt würden, das hatte niemand erwartet.

Le Figaro, Paris

Das kleine Wunder von Moskau. Bei ihrer Visite in der Sowjetunion trifft die deutsche Delegation auf ein Entgegenkommen bei Gorbatschow, das so kaum jemand erwartet hat.

Stuttgarter Zeitung

Der Schlüssel zur deutschen Einheit lag seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Moskau, wo ihn die Führer im Kreml ängstlich unter dem Kopfkissen verbargen. Der rasend schnelle politische und wirtschaftliche Einsturz der DDR hat dazu geführt, daß Gorbatschow den Schlüssel schließlich doch Bundeskanzler Kohl aus der Hand nehmen mußte.

Algemeen Dagblad, Rotterdam

Kohl ist der Architekt der Deutschen Einheit. Aber er und sein Außenminister hätten sie nie durchsetzen können ohne das historische Entgegenkommen Gorbatschows. Wir verneigen uns vor ihm.

Nun hat Kanzler Kohl in einem sehr realistischen Gespräch über eine wirklich dramatische europäische Lage von weltpolitischer Auswirkung gesprochen — und ein historisches Ergebnis erzielt.

Rheinische Post

Es sah ganz so aus, als habe Gorbatschow Helmut Kohl als Hauptarchitekten der deutschen Wiedervereinigung anerkannt.

Liberation, Paris

Unter den vielen historischen Tagen der letzten Monate war es wohl der historische Tag, der seit viereinhalb Jahrzehnten getrennte Teile Deutschlands freigegeben. Noch liegen die Modalitäten nicht endgültig fest. ... noch ist der politische und militärische Status der künftigen Republik Deutschland nicht bestimmt. Aber der Bundeskanzler, der in die Geschichte als Kanzler der Wiedervereinigung eingehen wird, hat seine Stunde genutzt: Das Tor zur deutschen Einheit ist weit aufgestoßen.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Wir haben jetzt die Chance, die Einheit unseres Vaterlandes zu vollenden

Der Besuch von Herrn Ministerpräsidenten Modrow findet unter Vorzeichen statt, die noch vor wenigen Tagen niemand erwarten konnte.

Wir Deutschen haben jetzt die historische Chance, in freier Selbstbestimmung die Einheit unseres Vaterlandes zu vollenden. Die Einheit ist jetzt endlich möglich.

Es liegt zuallererst an uns Deutschen, ob wir diese Chance beherzt und zugleich besonnen ergreifen.

Der Weg zum Ziel der deutschen Einheit ist von Generalsekretär Gorbatschow am vergangenen Wochenende endgültig freigegeben worden. Dieser Schritt verdient unseren Respekt und unsere Dankbarkeit.

Ich darf hier zitieren, was die sowjetische Nachrichtenagentur TASS über das Ergebnis meiner Moskauer Gespräche berichtet:

„M. S. Gorbatschow stellte fest — und der Kanzler stimmte ihm zu —, daß es jetzt zwischen der UdSSR, der BRD und der DDR keine Meinungsverschiedenheiten darüber gibt, daß die Deutschen selbst die Frage der Einheit der deutschen Nation lösen und selbst ihre Wahlformen müssen, in welchen staatlichen Formen, in welchen Fristen, mit welchem Tempo und unter welchen Bedingungen sie diese Einheit verwirklichen werden.“

Ich erkläre hier mit großem Nachdruck, daß wir die neue Haltung der Sowjetunion auf keinen Fall als Freibrief zu einem nationalen Alleingang betrachten. Die Vereinigung Deutschlands muß eingebettet sein in die gesamteuropäische Architektur und in den Gesamtprozeß

**Bundeskanzler Helmut Kohl
vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 13. Februar**

der West-Ost-Beziehungen. Niemand hat daran ein größeres Interesse als wir Deutschen selbst.

Wir wollen die berechtigten Interessen unserer Nachbarn und Freunde in Europa und in der Welt berücksichtigen. Auf diese Weise wird die Lösung der deutschen Frage für ganz Europa einen entscheidenden Zugewinn an Stabilität und Sicherheit bedeuten.

Bis zur Vollendung der Einheit Deutschlands haben wir noch eine schwierige Wegstrecke vor uns.

Dabei gehen wir keinen Weg ins Ungeheure, denn das Licht am Ende des Tunnels ist bereits heute klar zu sehen. Wir stehen ganz ohne Zweifel vor einer großen Herausforderung. Aber ich bin sicher, wir können sie bestehen.

Die Gespräche mit Ministerpräsident Modrow und seiner Delegation waren sachlich, offen und insgesamt von dem beiderseitigen Wunsch getragen, Hoffnungszeichen für die Menschen in der DDR zu setzen.

Sie fanden statt vor dem Hintergrund einer Lage, die sich vor allem im Gefolge des anhaltend großen Zustroms von Übersiedlern deutlich zugespitzt hat: Die Zahl der Übersiedler belief sich 1989 auf insgesamt rd. 340.000. Seit Jahresbeginn sind inzwischen noch einmal rd. 85.000 hinzugekommen.

Deswegen habe ich in den heutigen Gesprächen zweierlei deutlich gemacht: Erstens unsere wiederholt erklärte Bereitschaft, kurzfristig dort zu helfen, wo dies insbesondere aus humanitären Gründen dringlich und notwendig ist.

Entsprechende Unterstützungsmaßnahmen enthält der Nachtragshaushalt 1990. Ich nenne die Stichworte Reisedevisenfonds, ERP-Kreditprogramm vor allem für kleine und mittlere Unternehmen, Schulung und Technologietransfer sowie Umweltschutz und Verbesserung der Verkehrswege.

Für medizinische Geräte und Ausrüstungen haben wir über 300 Millionen DM bereitgestellt. Alles in allem geht es um einen Betrag von über 5 Milliarden DM für die DDR.

Dies macht eines unmißverständlich klar: Wir sind bereit, uns umfassend für die Menschen in der DDR zu engagieren, damit sie in ihrer Heimat bleiben und den wirtschaftlichen Neubeginn dort mitgestalten können.

Zweitens: Wir gehen noch einen entscheidenden Schritt weiter: Ich habe Ministerpräsident Modrow das Angebot unterbreitet, sofortige Verhandlungen zur Schaffung einer Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft aufzunehmen.

Zu diesem Zweck soll eine gemeinsame Kommission gebildet werden, die ihre Gespräche unverzüglich beginnt.

Was heißt dieses Angebot konkret? Dieses Angebot besteht im Kern aus zwei Teilen:

● Zu einem Stichtag wird die Mark der DDR als Währungseinheit und gesetzliches Zahlungsmittel durch die D-Mark ersetzt.

● Zeitgleich müssen von der DDR die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen für die Einführung einer sozialen Marktwirtschaft geschaffen sein.

Beide Elemente stehen für die Bundesregierung in einem unauflösbaren Zusammenhang.

Ich füge hinzu: Politisch und ökonomisch bedeutet dieses Angebot der Bundesregierung, daß wir bereit sind, auf ungewöhnliche, ja revolutionäre Ereignisse und Herausforderungen in der DDR unsererseits eine ungewöhnliche, ja revolutionäre Antwort zu geben.

Denn über eines kann kein Zweifel bestehen:

In einer politisch und wirtschaftlich normalen Situation wäre der Weg ein anderer gewesen — und zwar derjenige schrittweiser Reformen und Anpassungen mit der gemeinsamen Währung erst zu einem späteren Zeitpunkt.

Vor diesem Hintergrund sind auch kritische Anmerkungen von Experten und Sachverständigen zu verstehen.

Doch die krisenhafte Zuspitzung der Lage in der DDR macht weitergehende und mutige Antworten erforderlich.

Politische und gesellschaftliche Umwälzungen haben hier zu einer dramatischen Verkürzung des politischen Zeithorizonts geführt, so daß für wie auch immer definierte und ökonomisch begründete Stufenpläne inzwischen die Geschäftsgrundlage entfallen ist.

In einer solchen Situation geht es um mehr als Ökonomie. Es muß jetzt darum gehen, ein klares, unmißverständliches Signal der Hoffnung und der Ermutigung für die Menschen in der DDR zu setzen.

Deswegen und nur deswegen haben wir die in der Tat historisch zu nennende Entscheidung getroffen, der DDR das Angebot zur umgehenden Schaffung einer Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft zu machen.

Für die Bundesrepublik Deutschland bedeutet dies, daß wir in dieses Angebot unserer stärksten wirtschaftlichen Aktivposten einbringen — die Deutsche Mark.

Wir beteiligen damit die Landsleute in der DDR ganz unmittelbar und direkt an dem, was die Bürger der Bundesrepublik Deutschland in jahrzehntelanger beharrlicher Arbeit aufgebaut und erreicht haben.

Denn die D-Mark — eine der härtesten, stabilsten und allgemein akzeptierten Währungen der Welt — ist das Fundament unseres Wohlstandes und unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

Doch eine Währungsunion macht nur dann Sinn, wenn die DDR ihrerseits unverzüglich umfassende marktwirtschaftliche Reformen einleitet.

Dabei geht es konkret

- um eine umfassende Bestandsaufnahme finanzieller Daten und Fakten,
- um die Sicherung der bewährten Stabilitätspolitik der Deutschen Bundesbank für das gemeinsame Währungsgebiet,
- um die überzeugende und zügige Durchführung der angekündigten Wirtschaftsreformen mit den Stichworten Gewerbefreiheit, Eigentumsordnung, Wettbewerbsordnung, Umweltschutz, marktwirtschaftliches Preis- und Lohnsystem sowie Freiheit im Außenhandel,

- um die Neuordnung der Staatsfinanzen einschließlich des Steuer- und Abgabensystems

- sowie um die notwendige soziale Flankierung dieser Reformen, z. B. durch die Einführung einer Arbeitslosenversicherung und die Anpassung des Rentensystems.

Ich betone: Gerade die soziale und ökologische Absicherung dieser Reformpolitik ist für die Bundesregierung von zentraler Bedeutung.

Ohne sie kann aus unserer Sicht die wirtschaftliche Neuorientierung in der DDR nicht erfolgreich sein.

Deswegen können die bisherigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten nur mit einer marktwirtschaftlichen und zugleich sozial und ökologisch begleiteten Umgestaltung beseitigt werden. Nur so kann der Zustrom privaten Kapitals in Gang kommen und nur so können neue zukunftsträchtige Betriebe und Arbeitsplätze geschaffen werden. Kein Zweifel: Dieser Weg verlangt große Anpassungen und Anstrengungen. Bei entschlossenem Handeln überwiegen jedoch die Chancen bei weitem die Risiken.

Dies ist nicht zuletzt deswegen der Fall, weil die wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik Deutschland in vieler Hinsicht ungewöhnlich günstig ist.

Vor allem aber gewinnen unsere hohen außenwirtschaftlichen Überschüsse im Blick auf die DDR eine neue Bedeutung.

Um es genauer zu sagen: Wenn es gelingt, einen geringen Teil unseres Handelsüberschusses in Höhe von gut 130 Mrd. DM in die DDR umzulenken, wenn es gelingt, einen kleinen Teil unseres jährlichen Kapitalexports in Höhe von 100 Mrd. DM für die DDR nutzbar zu machen — dann wird dies bereits ausreichen, um dort einen starken wirtschaftlichen An Schub zu bewirken.

Kurz: An Gütern und Kapital, die in der DDR für den wirtschaftlichen Neubeginn eingesetzt werden könnten, besteht grundsätzlich kein Mangel.

Ebenso positiv beurteile ich die große Bereitschaft in unserer Wirtschaft zum Engagement in der DDR.

Aus vielen Gesprächen weiß ich, daß es heute bereits eine Fülle konkreter Investitions- und Kooperationsvorhaben gibt, die kurzfristig verwirklicht werden können.

Ich füge hinzu: Daß in diesem Zusammenhang die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der DDR — über die allein dort und nicht hier bestimmt wird — die entscheidende Rolle spielen, ist offensichtlich.

Die Verantwortlichen in der DDR — Regierung und Runder Tisch — haben es daher selbst in der Hand, hier sehr schnell die Signale so zu setzen, daß der wirtschaftliche Neubeginn schnell in Gang kommt.

Unterbleiben diese Signale — aus welchen Gründen auch immer —, dann müssen auch staatliche Milliarden-Hilfen unsererseits ohne die erhoffte Wirkung bleiben.

Wichtig erscheint mir auch, daß die Größenordnung der wirtschaftlichen Herausforderungen, mit denen wir es jetzt zu tun haben, überall nüchtern gesehen wird.

Bei den Einwohnern erreicht die DDR nicht ganz die Zahl Nordrhein-Westfalens.

Legt man die Wirtschaftskraft zugrunde, dann geht die Deutsche Bundesbank davon aus, daß wir es vergleichsweise mit dem Gewicht eines mittelgroßen Bundeslandes, wie etwa Hessens, zu tun haben.

Präsident Pöhl hat zusätzlich darauf hingewiesen, daß das in einem einzigen Jahr in der Bundesrepublik neu gebil-

dete Geldvermögen in etwa dem gesamten Bestand an Spareinlagen der DDR entspricht.

Ich nenne diese Vergleichsgrößen, damit die anstehenden Probleme weder verniedlicht, noch maßlos übertrieben werden. Sie müssen vielmehr so gesehen werden wie sie tatsächlich sind:

nämlich alles andere als einfach, aber für ein Land wie die Bundesrepublik letztlich doch lösbar und zu bewältigen.

Ich sage dies mit allem Nachdruck auch an die Adresse derer, die einmal mehr ein Geschäft mit der Angst machen wollen.

Mit den Aufgaben, die vor uns liegen, werden weder die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit noch die Stabilität und die soziale Sicherheit in der Bundesrepublik in Frage gestellt.

Und auch in der DDR bietet der Übergang zu einer sozialen Marktwirtschaft keinen Anlaß für Befürchtungen, denn marktwirtschaftliche Ordnung und soziale Absicherung sind nach unserem Verständnis nicht voneinander zu trennen.

Im Gegenteil: Die 40jährige Geschichte der Bundesrepublik dokumentiert kaum etwas so eindrucksvoll und überzeugend wie die Tatsache, daß wirtschaftlicher Erfolg und sozialer Ausgleich eng miteinander verbunden sind. Daran halten wir auch in Zukunft fest.

Wer also über wirtschaftliche Herausforderungen für Deutschland insgesamt spricht, der sollte dies verantwortungsbewußt und in Kenntnis der zugrundeliegenden Tatbestände tun.

In diesem Zusammenhang möchte ich ausdrücklich dem Präsidenten der Deutschen Bundesbank, Herrn Pöhl, dafür danken, daß er zur Versachlichung dieser Diskussion in den letzten Tagen einen wichtigen Beitrag geleistet hat. Es kommt also jetzt darauf an, politisch

Die Einheit kommt

Der Weg ist frei!

CDU extra

der Weg ist frei! Das ist die Botschaft der CDU-Bundeskanzler Helmut Kohl hat sich die Deutschen beschieden. Der Weg ist frei! Das ist die Botschaft der CDU-Bundeskanzler Helmut Kohl hat sich die Deutschen beschieden. Der Weg ist frei! Das ist die Botschaft der CDU-Bundeskanzler Helmut Kohl hat sich die Deutschen beschieden.



Angewandte, die Gedächtnis nachher. Bundeskanzler Helmut Kohl und CDU-Bundesgeschäftsführer Hans-Joachim Lauth vor dem CDU-Bundesparteitag in Bonn.

Ein guter Tag für Deutschland

Jahrelange wurde an alle Deutschen eine gewisse Botschaft zu dem ersten „Gesamt-Konferenz“ der CDU und der CDU-Bundesgeschäftsführer zu dem CDU-Bundesparteitag in Bonn. Die Botschaft ist die Einheit kommt. Der Weg ist frei! Das ist die Botschaft der CDU-Bundeskanzler Helmut Kohl hat sich die Deutschen beschieden. Der Weg ist frei! Das ist die Botschaft der CDU-Bundeskanzler Helmut Kohl hat sich die Deutschen beschieden.

Das Tor zur Einheit ist weit aufgestoßen

Die CDU-Bundeskanzler Helmut Kohl hat sich die Deutschen beschieden. Der Weg ist frei! Das ist die Botschaft der CDU-Bundeskanzler Helmut Kohl hat sich die Deutschen beschieden. Der Weg ist frei! Das ist die Botschaft der CDU-Bundeskanzler Helmut Kohl hat sich die Deutschen beschieden.

Die CDU-Bundeskanzler Helmut Kohl hat sich die Deutschen beschieden. Der Weg ist frei! Das ist die Botschaft der CDU-Bundeskanzler Helmut Kohl hat sich die Deutschen beschieden. Der Weg ist frei! Das ist die Botschaft der CDU-Bundeskanzler Helmut Kohl hat sich die Deutschen beschieden.

Flugblatt und Plakat

Bestellungen an:
IS-Versandzentrum,
Postfach 13 28,
4804 Versmold

Der Weg ist frei!

Die Einheit kommt

CDU!

Alle Preise zuzügl. MwSt. inkl. Versand.

Unmittelbar nach dem Moskau-Besuch des Bundeskanzlers hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle als „CDU extra“ ein Flugblatt (li.) und ein Plakat (re.) mit der zentralen Botschaft „Die Einheit kommt — Der Weg ist frei!“ herausgebracht.

- Flugblatt A 3: Mindestabnahme 250 Exemplare, Preis pro Mindestabnahme: 28,— DM.
- Plakat A 1: Mindestabnahme 50 Exemplare, Preis pro Mindestabnahme: 30,— DM.

und wirtschaftlich Kurs zu halten. Ein klarer Kurs Sozialer Marktwirtschaft ist für die Bundesrepublik, aber auch für Deutschland insgesamt von zentraler Bedeutung. Wenn wir in diesen Zeiten an den Grundprinzipien festhalten, die die Bundesrepublik Deutschland vom ökonomischen Nullpunkt nach dem Zweiten Weltkrieg in die Spitzengruppe der Industrieländer der Welt gebracht haben, dann können wir auch die Herausforderungen der 90er Jahre lösen.

Das Leitwort der kommenden Monate lautet: nationale Solidarität. Solidarität ist in dieser Stunde unsere selbstverständliche menschliche und nationale Pflicht.

Es geht um ein großes gemeinsames Werk, mit dem wir unserem bislang geteilten Vaterland eine glückliche Zukunft in einem freien und geeinten Europa sichern — beseelt von dem Willen, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen.

Kohl erzielt Durchbruch in Moskau: Der Weg zur Einheit ist jetzt frei

Wortlaut der offiziellen TASS-Mitteilung vom Treffen zwischen Michail Gorbatschow und Helmut Kohl:

Am 10. Februar traf Michail Gorbatschow im Kreml mit dem Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Kohl, zusammen. Obwohl dieses Treffen in einer wesentlich anderen Situation stattfand, steht es in direktem Zusammenhang mit den Ergebnissen ihrer vorausgegangenen Treffen in Moskau und in Bonn. Es stützte sich auf ausnahmslos alle prinzipiellen Bestimmungen der gemeinsamen sowjetisch-westdeutschen Erklärung, die im Juni des vergangenen Jahres unterzeichnet wurde, und verlief sowohl in politischer als auch in persönlicher Hinsicht in der Atmosphäre des früher erzielten tiefen gegenseitigen Verständnisses und Vertrauens.

Es sei eine solche Zeit, daß wir ständig in Kontakt sein müssen, sagte Gorbatschow. Und der Kanzler habe recht, daß alles, was getan werden solle, getan werden muß, indem man vom Geist und dem Buchstaben der gemeinsamen Erklärung ausgeht.

Dies war ein direktes und gehaltvolles Gespräch mit vollem Verständnis für die Verantwortung des Moments und die Bedeutung der Entscheidungen, die nach einem solchen Austausch von Gedanken und Einschätzungen über den Verlauf der jetzigen Ereignisse getroffen werden können.

Die Erörterung sei in zwei Bahnen verlaufen, entsprechend den zwei untrennbar miteinander verbundenen objektiven

Prozessen. Die deutsche Frage werden wir auf dem gegenwärtigen Niveau nur im Kontext der gesamteuropäischen Entwicklung lösen und unter Berücksichtigung der Sicherheit und der Interessen sowohl der Nachbarn als auch anderer Staaten Europas und der Welt.

Gorbatschow stellte fest — und der Kanzler stimmte ihm zu, daß es zur Zeit zwischen der UdSSR, der Bundesrepublik Deutschland und der DDR keine Meinungsverschiedenheiten darüber gebe, daß die Deutschen selbst die Frage der Einheit der deutschen Nation lösen und selbst ihre Wahl treffen müssen, in welchen Staatsformen, zu welchen Zeit-

Gorbatschow stellte fest — und der Kanzler stimmte ihm zu —, daß es zur Zeit zwischen der UdSSR, der Bundesrepublik Deutschland und der DDR keine Meinungsverschiedenheiten darüber gebe, daß die Deutschen selbst die Frage der Einheit der deutschen Nation lösen und selbst ihre Wahl treffen müssen, in welchen Staatsformen, zu welchen Zeitpunkten, mit welchem Tempo und zu welchen Bedingungen sie diese Einheit realisieren werden.

punkten, mit welchem Tempo und zu welchen Bedingungen sie diese Einheit realisieren werden. Hierbei bezog sich Gorbatschow auf sein jüngstes Gespräch mit dem Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Modrow. Er betonte insbesondere, daß alle Deutschen, sowohl im Osten als auch im Westen, diese Einstellung der Sowjetunion kennen müßten.

Bei der Lösung ihrer nationalen Frage müssen sie jedoch an die Realitäten denken: daß es einen Krieg gegeben hat und daß er, wie auch die Nachkriegszeit, ein Erbe hinterlassen hat. Im Moment überdenken wir all dies. Wir sind von der Konfrontation abgegangen, der europäische Prozeß entwickelt sich. Auch die deutsche Annäherung darf den hier

Von deutschem Boden darf nur Frieden ausgehen

schon erzielten positiven Resultaten und den Ost-West-Beziehungen insgesamt keinen Schaden zufügen und das europäische Gleichgewicht nicht zerstören. Im Gegenteil, so Gorbatschow, sie kann und muß so verlaufen, daß sie für die konstruktive gesamteuropäische Entwicklung einen Beitrag leistet. Deshalb ist nur eine solche Politik annehmbar, die alle Realitäten und alle möglichen Folgen berücksichtigt: innen- und außenpolitische, wirtschaftliche und natürlich die psychologische Reaktion der Deutschen und anderer Länder, insbesondere jener, die am Krieg teilgenommen haben.

Die Lösung der deutschen Frage ist nicht zu trennen vom Erfolg der Verhandlungen über Abrüstung in Europa, von der sich ändernden Rolle der beiden militärisch-politischen Bündnisse und von den Fragen, die mit der Anwesenheit ausländischer Truppen auf dem Territorium der europäischen Staaten zusammenhängen.

Volker Rühle: Die Signale stehen auf Grün

Mit seinem Besuch in Moskau hat Bundeskanzler Helmut Kohl Geschichte gemacht. Sämtliche Signale auf dem Weg zur deutschen Einheit stehen jetzt auf Grün.

Nach der erfolgreichen Initiative des Bundeskanzlers ist das unwiderrüflliche Bekenntnis von Generalsekretär Gorbatschow zum Selbstbestimmungsrecht der Deutschen vor allem für unsere Landsleute in der DDR ein Zeichen, daß es nun auch für sie wirtschaftlich und politisch aufwärtsgeht. Niemand braucht mehr seine Heimat zu verlassen. Die Deutschen kommen jetzt schnell zusammen.

Die CDU Deutschlands hat immer am Ziel der Einheit der Deutschen festgehalten, auch als andere dieses Ziel längst aufgegeben hatten. Für die CDU ist es Anlaß besonderer Genugtuung, daß ihr Parteivorsitzender Helmut Kohl den entscheidenden historischen Durchbruch auf dem Weg zur Einheit Deutschlands erreicht hat.

Kohl bestätigte die feste Entschlossenheit der Deutschen: Von deutschem Boden aus wird niemals mehr ein Krieg entfacht werden. Er verstärkte diese Formel sogar noch: Von deutschem Boden darf nur Frieden ausgehen.

Der Bau der deutschen Einheit und der neue Platz der Deutschen in der europäischen und Weltstruktur muß stets die fundamentalen Realitäten der neuen Zeit berücksichtigen, sagte Gorbatschow. Ich habe schon lange gesagt, daß die

Geschichte über die Lösung der deutschen Frage verfügt. Und sie hat in einem unerwarteten Tempo gearbeitet. Und wir müssen sehr ausgewogen handeln, unter Berücksichtigung der wirklich historischen Kriterien.

In einer neuen Situation muß man so zusammenarbeiten, daß nicht nur das erzielte gegenseitige Verständnis auf staatlicher Ebene nicht zerstört wird und dem neuen Charakter der Beziehungen zwischen dem deutschen und dem sowjetischen Volk kein Schaden zugefügt wird, sondern diese Beziehungen entwickelt und bereichert werden.

Die Gesprächspartner vereinbarten, das breitangelegte, offene und fruchtbare Gespräch unter vier Augen, das über zwei Stunden dauerte, fortzusetzen und es auch im Kontakt mit anderen interessierten Seiten zu führen, in erster Linie mit den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich. Die Dynamik der Ereignisse erfordert dies nachdrücklich.

Beim Abschluß des Hauptteils des Gesprächs sagte der Kanzler: Wir haben in Bonn vereinbart, ein neues Kapitel in unseren Beziehungen aufzuschlagen, und nun ist klar, daß die Notwendigkeit, gerade in diesem Geist zusammenzuar-

Vereinbarungen halten und Vertrauen vergrößern

ten, nicht kleiner, sondern größer wurde. Gorbatschow, der dem zustimmte, sagte, daß es in der jetzigen, sehr verantwortungsvollen Etappe überaus wichtig sei, das Niveau des Zusammenwirkens zu erhöhen, das Vertrauen zu vergrößern, sich fest an die erzielten Vereinbarungen zu halten und sich unverzüglich aneinander zu wenden, wenn die Lage dies erfordert.

Danach fand ein Treffen in einem große-

ren Kreis unter Teilnahme von Schewardnadse und Genscher statt, der über die parallel zwischen ihnen abgehaltene Erörterung berichtete. Es wurde eine allgemeine Bilanz gezogen und die Meinung geäußert, daß der Besuch überaus zeitgemäß und nützlich sei. Es sei wichtig, daß zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland volle Klarheit bezüglich der deutschen Angelegenheiten und in den Schlüsselproblemen der europäischen und Weltpolitik bestehe. (TASS) ■

Schallende Ohrfeige für die SPD

Der neue DDR-Justizminister Wünsche hat eine Totalbereinigung des politischen Strafrechts in der DDR bekanntgegeben und sich bereit erklärt, dabei auch die Akten der Erfassungsstelle Salzgitter zu verwenden.

Wünsche hat damit der SPD, die immer wieder die Auflösung dieser Erfassungsstelle für Unrechtstaten in der DDR gefordert hat und deren Landesregierungen zuletzt die Beitragsleistungen für diese Stelle eingestellt haben, eine schallende Ohrfeige versetzt. Die SPD sah in ihrem Eifer, möglichst reibungslos die Beziehungen zum SED-Regime Erich Honeckers pflegen zu wollen, selbst in der Dokumentation eindeutiger Menschenrechtsverstöße eine Störung des Entspannungsprozesses.

Herbert Werner, Mitglied des innerdeutschen Ausschusses des Deutschen Bundestages:

Nunmehr wird von der DDR selber der Nutzen der Erfassungsstelle Salzgitter anerkannt! Damit wird erneut eindrucksvoll deutlich, wie sehr die SPD sich deutschlandpolitisch ins Abseits gestellt hat!

Wirtschaftliche Probleme der Wiedervereinigung

Obwohl die Sehnsucht nach einer Wiedervereinigung des heute zerrissenen Deutschland allgemein ist, besteht in vielen Kreisen unseres Volkes, auch unter den Flüchtlingen, die Sorge, daß mit dem Zusammenschluß und den dann erforderlich werdenden großen wirtschaftlichen Anstrengungen eine unerträgliche Senkung des Lebensstandards verbunden sein würde und viele wirtschaftliche Existenzen sowohl von Flüchtlingen im Bundesgebiet als vor allem auch von Gewerbetreibenden in der Ostzone notleidend werden könnten.

Es ist in jedem Fall deutlich zu erkennen, daß es dem Laien an Vorstellungsvermögen gebricht, die sich aus dem Zusammenschluß ergebenden wirtschaftlichen Konsequenzen rational abzuleiten, und so bleibt der Spekulation, um nicht zu sagen der dumpfen Furcht, Tür und Tor geöffnet.

Ich möchte gleich vorausschicken, daß auch ich den Versuch für abwegig halte

Von Professor Dr. Ludwig Erhard, Bundesminister für Wirtschaft

würde, die in solchem Fall sich vollziehende Entwicklung exakt vorherbestimmen und rechnerisch erfassen zu wollen. Ein solches planwirtschaftliches Unterfangen wäre sogar in höchstem Maße gefährlich, weil es in der verwaltungsmäßigen Handhabung des Zusammenschlusses die organische Entwicklung nur zu

hemmen und die natürlichen Kräfte zu unterbinden geeignet wäre. Gleichwohl kann nicht geleugnet werden, daß die Vorstellung von einem so gearteten, vorgefaßten „Wiedereingliederungsplan“ die Geister in weitem Umfang beherrscht.

Ihnen allen ist eigen, daß sie in der Volkswirtschaft eine „Organisation“ erblicken. Insbesondere geht ihnen jedes Gefühl, jede Einsicht auf die in einem freien Markt zum Ausgleich und Gleichgewicht hindrängenden Kräfte und die damit entfesselte Dynamik völlig ab.

Statt dessen glaubt man wieder einmal soviel wie möglich „organisieren“ zu

Worte aus dem Jahre 1953

müssen, obwohl gerade damit Verzerrungen und Diskrepanzen nicht beseitigt, sondern womöglich noch vermehrt und verschärft werden würden.

Bei der Beurteilung der sich aus der Aufgabe ergebenden Situation drängt sich geradezu ein Vergleich mit den Problemen auf, die im Jahre 1948 mit der Währungsreform und der gleichzeitig erfolgten wirtschaftspolitischen Umschaltung von der Plan- und Zwangswirtschaft zur Marktwirtschaft zu lösen waren.

Gerade ich weiß ein Lied davon zu singen, wie man mir damals mit Hilfe von Statistiken, graphischen Darstellungen,

Rohstoffbilanzen, Produktions- und Verbrauchszahlen, Außenhandelszahlen u. a. m. scheinbar schlüssig und rational die Unmöglichkeit der Aufhebung der Bewirtschaftung, der Rationierung und der Preisbindungen beweisen wollte.

Im Grunde genommen stehen wir bei der Wiedervereinigung Deutschlands vor ganz ähnlichen Fragen und Problemen, und wieder scheiden sich hier die Geister.

Ich stehe jedenfalls klar und eindeutig auf dem Standpunkt, daß die Wiedereingliederung des deutschen Ostens mit den Mitteln und nach den Grundsätzen der Marktwirtschaft erfolgen müsse.

Man mag es mir darum auch nicht verdenken, wenn ich der Arbeit der verschiedenen Gremien, die sich vorausschauend mit den Eingliederungsaufgaben befaßten, allenthalben mit Mißtrauen, Skepsis und Sorgen begegne. Wenn auch meine Bedenken im einzelnen zerstreut werden konnten, so bleibt doch bestehen, daß der Erkenntniswert des gewonnenen und erarbeiteten Materials für die praktische Politik zuletzt doch nur bescheiden sein kann.

Als erste Maßnahme wird sich eine Währungsneuordnung in der Sowjetzone, d. h. eine Einbeziehung in unser Währungssystem, als unerläßlich erweisen. Damit vollzieht sich dann zwangsläufig eine Angleichung des Preis- und Lohnniveaus an die in der Bundesrepublik herrschenden Verhältnisse.

Man wird dabei auf die Erfahrungen der Währungsreform von 1948 zurückgreifen können, und wie seinerzeit der Methode nach die Erstausrüstung mit neuem Geld in Form von Kopf- und Betriebsquoten vornehmen. Inwieweit und in welchem Verhältnis im Zuge einer endgültigen Bereinigung die DM-Ost-Anrechnung in DM-West, die dann allgemein gültige Währung, erfolgen kann, bedarf dann

noch gründlicherer Untersuchung. Angesichts der völlig verzerrten Zwangswirtschaft und des Wirtschaftsterrors in der Sowjetzone kann über die echte Kaufkraft der Ost-Mark vorläufig unmöglich etwas ausgesagt werden.

Mit diesem Prozeß wird dann naturgemäß die wirtschaftliche Lage der Sowjetzone schonungslos offengelegt, und es kann kein Zweifel bestehen, daß das Resultat betrüblich, ja, vielfach sogar erschütternd sein wird. Das heißt mit anderen Worten, daß wir mit einem starken Leistungsgefälle zwischen Ost und West rechnen müssen, und daß sich daraus schwerwiegende Konsequenzen für die sozialen Verhältnisse der Bevölkerung ergeben können. Dennoch müssen wir den Mut zur Klarheit und zur Wahrheit aufbringen, weil erst dann die Mittel der Heilung eingesetzt und wirksam werden können.

Das eigentliche Problem: Verbesserung der Produktivität

Das ist denn auch das eigentliche Problem, die Produktivität der Sowjetzonewirtschaft so rasch und so energisch zu verbessern, daß der Prozeß der Leistungsangleichung auch zeitlich so kurz wie möglich bemessen werden kann. Gerade hinsichtlich der Bewältigung dieser Aufgabe sind charakteristische Unterschiede der Auffassungen zu verzeichnen.

Die einen wollen die Sowjetzone gegenüber der Konkurrenz von außen zunächst abgeschirmt wissen, um der Ostwirtschaft nach einem vorgefaßten Plan in einer bestimmten Stufenfolge Zeit und Ruhe zu jener Leistungsangleichung zu geben, während andere — und zu dieser Gruppe zähle ich selbst —

der Auffassung sind, daß dieser unumgänglich notwendige Angleichungsprozeß um so rascher und erfolgreicher vor sich gehen wird, je inniger von Anbeginn an die Verflechtung dieser beiden Wirtschaftsgebiete sein wird, und je mehr private Initiative und Tatkraft sich entfalten können.

Eine abgeschirmte Ostwirtschaft wird in der Enge des eigenen Raumes niemals zu der notwendigen Kraftentfaltung kommen und wird zudem der Befruchtung aus der freien Beziehung zum Westen nicht teilhaftig werden können. Die staatlich manipulierte wirtschaftliche Verbindung zwischen Ost und West wird in einer solchen Zwischenzeit niemals die volle Freizügigkeit ersetzen können. Dar- aus erwächst die Gefahr, daß hinter der zweifellos gutgemeinten Schutzmauer ein Wirtschaftsgebilde entsteht, das in seiner Leistung wohl auch erstarken mag, in struktureller Hinsicht aber und in der Ausrichtung der Maßstäbe entbehren müßte, weil sich erst aus den gesamten und umfassenden Beziehungen innerhalb der gesamtdeutschen Wirtschaft die spezifische Stellung und Aufgabe der Sowjetzonenwirtschaft herauskristallisieren kann.

Auch 1948 stellte sich uns die Frage, ob wir aus einem Schutzbedürfnis heraus die Wiederverflechtung Deutschlands mit der Welt in mählichen Übergängen vollziehen oder ob wir durch eine freizügigere Handelspolitik von Anbeginn an versuchen sollten, uns dennoch im internationalen Wettbewerb durchzusetzen.

Bei der Entscheidung mußte einerseits geprüft werden, ob eine echte Chance gegeben war, unter dem Druck dieses Wettbewerbs schnell zu einer Leistungsangleichung der deutschen Wirtschaft zu kommen, aber andererseits mußte berücksichtigt werden, daß die Wiederin-

gangsetzung der deutschen Wirtschaft und eine ausreichende Beschäftigung in unserem Land nur dann zu bewerkstelligen war, wenn wir durch ausreichende Exporte unseren Importbedarf an Nahrungsmitteln und Rohstoffen decken konnten.

Mit der „Liberalisierung“ haben wir uns zu dieser kühneren Politik bekannt, und niemand kann mehr leugnen, daß dieser Schritt zu einem geradezu überraschenden Erfolg führte.

Die künftige Beschäftigung der Sowjetzonen-Bevölkerung

Wie aber steht es mit der künftigen Beschäftigung der Bevölkerung der Sowjetzone? Wird da nicht bis zur Aufholung des Leistungsrückstands eine große Arbeitslosigkeit Platz greifen müssen, und besteht dann überhaupt die Aussicht, das Leistungsgefälle jemals auszugleichen? Gewiß wird es auch jetzt wieder Leute geben, die genau wie vor der Währungsreform auf Grund mechanistischer Verfahren zu erschütternden Prognosen kommen werden. Bekanntlich hat ein wissenschaftliches Institut in Deutschland seinerzeit ein Arbeitslosenheer von 5 bis 6 Millionen Menschen vorausgesagt.

Wir können also schon mit einiger Gelassenheit den trüben Prophezeiungen derer entgegensehen, die in ihrer rationalen „Vollkommenheit“ wieder einmal die menschlichen und soziologischen Imponderabilien, die Impulse und Energien vergessen werden, die sich eben nicht auf eine rechenhafte Formel bringen lassen. Gerade die Not der noch unter der Tyrannei lebenden Menschen, ihr Hunger und ihr Mangel an allem, was das Leben lebenswert macht, werden sich

aber als eine mächtige, vorwärtsdrängende Kraft erweisen und der menschlichen Arbeit fast ungeahnte Anwendungsmöglichkeiten bieten.

Wenn ich mit aller Entschiedenheit der Überzeugung bin, daß der Wirtschaft und der Bevölkerung der Sowjetzone mit einer vermeintlichen Schutzpolitik ein schlechter Dienst erwiesen werden würde, ja, damit eine rasche und erfolgreiche Wiedereingliederung mir auf solche Weise sogar gefährdet erschiene, so verkenne ich doch nicht, daß der Wirtschaft des Ostens vom Staate Hilfestellung geboten werden muß.

Viel besser aber als leistungshemmende Schutzmaßnahmen erweisen sich produktionsfördernde steuerliche Erleichterungen und Befreiungen. Bei der Höhe der heute auf unserer Wirtschaft ruhenden Steuerlast sind alle und ausreichende Voraussetzungen gegeben, um durch Steuerentlastung trotz der Leistungsdifferenz, zwischen Ost und West, den Unternehmungen der Sowjetzone zu betriebs-, kosten- und ertragswirtschaftlich gleichartigeren Startbedingungen im Wettbewerb zu verhelfen. Nicht zuletzt ist es gerade diese Überlegung, die mich für freiheitliche marktwirtschaftliche Grundsätze und Methoden der Rückgliederung der Sowjetzone eintreten läßt.

So kommen wir im ganzen zu dem Schluß, daß die allerorts vorherrschenden Befürchtungen hinsichtlich tragischer materieller Rückwirkungen auf menschliche Eigenschicksale hüben und drüben als unbegründet angesehen werden müssen.

Weder wird für die heutige Bevölkerung des Bundesgebiets durch den Zusammenschluß eine steuerliche Belastung eintreten, noch etwa dadurch die Existenz von Betrieben gefährdet werden. Der Kapazi-

tätswachstums durch die gesamtwirtschaftliche Einbeziehung der Sowjetzone wird im Durchschnitt noch nicht einmal dem steigenden Bedarf der Sowjetzonenbevölkerung entsprechen, so daß sogar für weitere wirtschaftliche Expansion Raum bleiben dürfte. Die Arbeitsmarktlage wird durch ein solches Ereignis im seitherigen Bundesgebiet nicht oder wenn überhaupt, dann nur nach der positiven Seite hin, berührt. Aber auch in der Sowjetzone selbst ist mit einer stärker zunehmenden Arbeitslosigkeit nicht zu rechnen.

Die Betriebe und Unternehmungen im Osten werden durch den Wettbewerb nicht erdrückt werden, sondern umgekehrt gerade durch den Wettbewerb rascher und erfolgreicher zu höherer Leistungsergiebigkeit gelangen.

In politischer, wirtschaftlicher und menschlicher Beziehung wird die Wiedervereinigung Deutschlands Kräfte entfesseln, von deren Stärke und Macht sich die Schulweisheit der Planwirtschaftler nichts träumen läßt.

„Unternehmerverband Norddeutschland“ in Schwerin gegründet

Ein „Unternehmerverband Norddeutschland“ ist in Schwerin (DDR) gegründet worden. Zu dem Gründungstreffen hatten sich rund 1000 Vertreter kleiner und mittelständischer Unternehmen aus Industrie, Handwerk, Gewerbe und Genossenschaften der DDR-Bezirke Rostock, Schwerin und Neubrandenburg eingefunden. Der Verband versteht sich als Interessenvertretung der etwa 13 000 Handwerker und Gewerbetreibenden aller Eigentumsformen und setzt sich zum Ziel, marktwirtschaftliche Strukturen aufzubauen.

Nachtragshaushalt 1990

Politische Signale für unsere
Bereitschaft zur Hilfe für die DDR

Der täglich zunehmende Vertrauensschwund unserer Landsleute in wirtschaftliche Reformen in der DDR macht es erforderlich, schon heute Perspektiven für die Zeit nach den dortigen Wahlen aufzuzeigen. Bundesfinanzminister Theo Waigel: Die Vorlage des Nachtragshaushalts 1990 ist ein politisches Signal für unsere Bereitschaft, einen Beitrag zur Stabilisierung der ökonomischen Verhältnisse zu leisten. Er soll vorrangig der Finanzierung von Sofortmaßnahmen auf-

grund der aktuellen Entwicklung in der DDR dienen. Die notwendige Modernisierung und Umstrukturierung der DDR-Wirtschaft erfordert in erster Linie private Direktinvestitionen. Hierfür muß die DDR die erforderlichen Rahmenbedingungen schaffen. Staatliche Hilfen können dagegen nur subsidiären Charakter haben. Sie konzentrieren sich im wesentlichen auf die öffentliche Infrastruktur, auf die Vermittlung von „Know-how“ und auf humanitäre Maßnahmen.

Die Eckdaten des Entwurfs eines Nachtragshaushalts 1990:

	Soll 1990	Veränderung durch Nachtrag (Milliarden DM)	Neues Soll 1990
I. Ausgaben	300,14	+ 6,87	307,01
II. Einnahmen			
1. Steuereinnahmen	247,44	—	247,44
2. sonstige Einnahmen	25,75	+ 0,33	26,09
3. Nettokreditaufnahme	26,94	+ 6,54	33,48

Die neue Nettokreditaufnahme liegt immer noch deutlich unter der Summe der investierten Ausgaben über 38 Milliarden DM.

Von den Mehrausgaben entfallen rund 6 Milliarden DM auf Sofortmaßnahmen aufgrund der aktuellen Entwicklung in der DDR und Berlin:

- 2,15 Milliarden DM sind für den Reise-Devisenfonds vorgesehen.
- Das ERP-Sondervermögen wird über viele Jahre verteilt um 2 Milliarden DM aufgestockt; davon 400 Millionen DM im

Nachtrag. Insgesamt ergeben sich daraus Förderungsmöglichkeiten vor allem zugunsten kleiner und mittlerer Privatunternehmen in der DDR in Höhe von 6 Milliarden DM.

- 90 Millionen DM werden zugunsten der mittelständischen Wirtschaft in der DDR zur Verfügung gestellt — für Informations- und Schulungsveranstaltungen, für Forschung und Entwicklung, für Technologie-Transfer und anderes.
- Für die Krankenhilfe an DDR-Besucher werden die Mittel um 75 Millionen

DM auf 150 Millionen DM aufgestockt. Für Sofortmaßnahmen zur Sicherung der medizinischen Versorgung in der DDR werden 320 Millionen DM bereitgestellt.

● Rund 200 Millionen DM sind vorgesehen zur Verbesserung der Verkehrswege in die DDR. Dabei geht es um den vorrangigen Ausbau von Bundesstraßen und Bundesautobahnen im grenznahen Bereich ebenso wie um den Ausbau von Bundesbahnstrecken und die Beschaffung von Reisezugwagen und Lokomotiven.

● Für Umweltschutzprojekte in der DDR und Untersuchungen zur Sicherheit kerntechnischer Anlagen werden 1990 zusätzlich 115 Millionen DM bereitgestellt. Das gesamte Programmvolumen für Umweltschutzinvestitionen in der DDR wird von

Trotz der Herausforderungen werden wir an einer soliden Haushaltspolitik festhalten.

bisher 300 Millionen DM im Haushalt 1990 um 600 Millionen DM auf 900 Millionen DM aufgestockt.

● Weitere 500 Millionen DM sind als Investitionszuschüsse an die Länder vorgesehen zur vorübergehenden Unterbringung von Aus- und Übersiedlern.

● Als Beitrag zur Bewältigung der besonderen Berliner Situation nach den Umwälzungen in der DDR wird die Bundeshilfe für Berlin im Jahr 1990 um 400 Millionen DM auf nunmehr 13,2 Milliarden DM angehoben.

● 2 Milliarden DM sollen in einen Globaltitel eingestellt werden. Er dient der Vorsorge für heute noch nicht etatreifen Sofortbedarf im Zusammenhang mit der aktuellen deutschlandpolitischen Entwicklung sowie für möglichen Mehrbedarf im Aus- und Übersiedlerbereich. Der

Massenweiser Übertritt von SEDlern zur SPD

Das Eingeständnis des DDR-SPD-Chefs Ibrahim Böhme über die Mitgliedschaft seiner Partei dürfte nicht nur für ihn bedrückend sein, sondern auch für die Deutschen in der DDR.

„Jetzt stehen wir vor der Situation, daß unter Umständen der Übertritt prominenter SED-Mitglieder eine Signalwirkung erzeugen könnte, die einen massenweisen Übertritt von der SED zur SPD zur Folge hätte. Und wenn eine Partei mal knapp 120 Tage besteht, dann ist es sehr kompliziert, einen solchen Massenübertritt zu verkraften. Sie kommen — jahrelang geprägt von dem Wahrheits-, Führungs- und Machtanspruch der SED — in unsere Partei und werden wahrscheinlich das, was sich bei uns bereits als sozialdemokratisches Gedankengut entwickelt hat, irgendwie erdrücken . . .“ ZDF, 24. Januar 1990

Titel soll qualifiziert gesperrt werden. Damit ist die parlamentarische Kontrolle sichergestellt.

Einsparungen ergeben sich im wesentlichen aus dem Wegfall des Begrüßungsgeldes und aus geringeren Kosten bei der Rückführung von Deutschen.

Trotz aller Herausforderungen aus der Entwicklung in der DDR und in den anderen Staaten Mittel- und Osteuropas muß an einer soliden Haushaltspolitik festgehalten werden. Deshalb wird beim Bundeshaushalt 1991 und in den Folgejahren sorgfältig zu prüfen sein, wo Einsparungen und Umschichtungen als Ausgleich für die neuen Belastungen vorgenommen werden können.

Wirtschaftliche Einheit muß auch soziale Einheit sein

Der **Bundesfachausschuß Sozialpolitik der CDU** hat sich mit Fragen der sozialen Einheit Deutschlands befaßt. Dazu erklärt der Vorsitzende des Bundesfachausschusses, **Hermann-Josef Arentz**:

1 Die wirtschaftliche Einheit Deutschlands ist nur zu erreichen, wenn auch eine soziale Einheit Deutschlands entsteht. Die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik ist das Erkennungszeichen der Sozialen Marktwirtschaft. Wir wollen deshalb den Aufbau sozialer Leistungssysteme (Arbeitslosenversicherung, Rente, Gesundheitswesen) in der DDR ebenso fördern wie die wirtschaftliche Entwicklung.

2 Nachdem heute der Zustand der sozialen Sicherungssysteme und des Gesundheitswesens in der DDR auch in der Bundesrepublik bekannt geworden ist, ist die jahrelang liebevoll von SED und SPD (West) gepflegte Vorstellung in sich zusammengebrochen, wenn denn schon keine Freiheit, so würden doch in der DDR zumindest im sozialen Sicherungsbereich gute Zustände bestehen. Die Wirklichkeit in der DDR sieht heute anders aus: Die Renten sind völlig unzureichend, soziale Absicherung gegen Arbeitslosigkeit besteht nicht, Qualifizierung und Weiterbildung sind ein Fremdwort, das Gesundheitswesen befindet sich in einem ebenso katastrophalen Zustand wie die Pflegeeinrichtungen für alte Menschen. Deshalb ist es ein Gebot der Menschlichkeit, daß die Bundesrepublik Deutschland in diesen Bereichen mit einem massiven finanziellen Engagement und Know-how hilft.

3 Der aggressive Provinzialismus von Lafontaine ist als Grundlage einer national und sozial verantwortbaren Politik völlig ungeeignet. Lafontaines ständige Forderung nach Abwehrmaßnahmen gegenüber Aus- und Übersiedlern bedeutet nichts anderes als letztlich die Forderung nach einer neuen Mauer in Deutschland. Mit seinen Erklärungen trägt Lafontaine im übrigen nicht zu einem Rückgang der Zahl der Aus- und Übersiedler bei, sondern erzeugt im Gegenteil eine Sogwirkung. Viele, die Lafontaine gehört haben, kommen so schnell wie möglich in die Bundesrepublik, weil sie den Eindruck haben, bald nicht mehr kommen zu dürfen. ■

Versicherungsschutz beim Einsatz in der DDR

Der Versicherungsschutz für ehrenamtliche Helfer der CDU gilt auch für den Bereich der DDR. Voraussetzung ist aber, daß sich die jeweilige Person auf Weisung/Veranlassung der bundesdeutschen CDU in die DDR begibt, um dort eine Tätigkeit für diese auszuüben, und die Tätigkeit infolge der Eigenart der Beschäftigung im voraus zeitlich begrenzt ist. DDR-Bürger genießen nicht den Schutz der Unfallversicherung.

Nähere Auskünfte erteilt die

CDU-Bundesgeschäftsstelle

Abteilung Verwaltung

Konrad-Adenauer-Haus

Friedrich-Ebert-Allee 73-75

5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 54 44 04 (5)

Blüm schlägt Großkundgebung zum 1. Mai in Berlin vor

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hat den großen Arbeitnehmerorganisationen der Bundesrepublik vorgeschlagen, am 1. Mai eine gemeinsame Großkundgebung in Berlin zu halten. Dazu sollten auch Arbeitnehmer und Arbeitnehmervertreter aus der DDR eingeladen werden, empfahl Blüm in Briefen an die Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, des Christlichen Gewerkschaftsbundes sowie des Deutschen Beamtenbundes. Als Ort der Veranstaltung schlug er den Platz vor dem Brandenburger Tor vor.

Hessen will Sondermüllexporte in DDR stoppen

Hessen will seine Sondermüllexporte in die DDR im nächsten Jahr stoppen. Zur Zeit liefen noch 15 Genehmigungen für solche Transporte, die alle im kommenden Jahr endeten, sagte der hessische Umweltminister Karlheinz Weimar. Es werde keine Fristverlängerung und keine neuen Ausfuhren geben. Die

Nachrichten aus der DDR und für die DDR

Regierungspräsidien sollten bis Mitte nächsten Monats Vorschläge für Alternativen auf den Tisch legen.

DDR-CDU-Blatt „Neue Zeit“ jetzt auch im Westen

Das Blatt der DDR-CDU, „Neue Zeit“, ist seit letzter Woche auch im Zeitungshandel der Bundesrepublik und in West-Berlin zu kaufen. Das Parteiblatt, das sich im neuen Untertitel jetzt „Zeitung für Deutschland — christlich, demokratisch, sozial“ nennt, ist für eine D-Mark zu haben. In der DDR kostet die „Neue Zeit“ weiterhin nur 20 Pfennig.

Erste deutsch-deutsche Fahrradfirma

Die Firma Büchel + Co, Fahrzeugteilerwerke Fulda und die Mitteldeutsche Fahrradwerke (Mifa) Sangerhausen im Bezirk Halle haben eine erste deutsch-deutsche Fahrradfirma gegründet. Die GmbH ist für Produktion und Vertrieb von Fahrradteilen das erste Gemeinschaftsunternehmen in

der Zweiradbranche der DDR mit einem westlichen Partner. Die finanzielle Absicherung der GmbH will die Industriekreditbank Frankfurt am Main übernehmen.

Hunderttausende DDR-Bürger trinken belastetes Wasser

In vielen DDR-Bezirken ist das Trinkwasser erheblich mit Schadstoffen belastet. Nach einem Bericht der Ost-„Berliner Zeitung“ tranken 1988 rund 450.000 DDR-Bewohner über längere Zeit Wasser, das die zulässigen Grenzwerte überschritten hat. Ihre Zahl sei zeitweilig auf 1,2 Millionen gestiegen.

Telefongespräche aus der DDR bis Jahresende vervierfacht

Mit Hilfe der Bundespost sollen DDR-Bürger bis zum Jahresende viermal soviel Telefongespräche in die Bundesrepublik führen können wie bisher. Durch einen entsprechenden Ausbau der innerdeutschen Telefonverbindungen soll gleichzeitig die Zahl der Telefongespräche aus der Bundesrepublik in die DDR gegenüber bisher verdoppelt werden.

RCDS-Gründung an mitteldeutschen Universitäten

Als bewußte Alternative zur FDJ-Nachfolgeorganisation SSB (Sozialistischer Studentenbund) haben am 6. Februar Studenten der Humboldt-Universität in Berlin den Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) gegründet. Nach der Ernst-Moritz-Arndt Universität in Greifswald und dem Theologischen Seminar in Eisenach haben sich christlich-demokratische Studenten an mittlerweile drei Hochschulorten in der DDR zusammengeschlossen, teilte der RCDS-Bundesvorsitzende Christian Schede in Bonn mit.

Die RCDS-Studenten in der DDR, so Schede, sähen sich in der fast 45jährigen Tradition des christdemokratischen Studentenverbandes. Seine ersten Hochschulgruppen gründeten unmittelbar nach Vorlesungsbeginn im Wintersemester 1945/46 Studenten an der Humboldt-Universität, in Greifswald, Jena und den übrigen der sieben Universitäten in der DDR.

45 Jahre später stehen die gleichen politischen Ziele im Vordergrund: für Freiheit in Gesellschaft und Hochschule, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Studentenvertretungen. Schon zum Sommersemester würden die Berliner RCDS-Studenten sich an den Studentenratswahlen an der Humboldt-Universität beteiligen, um das Machtmopol der Sozialisten an den Hochschulen zu brechen. Neben der endgültigen Auflösung der FDJ und ihrem Alleinvertretungsanspruch in der studentischen Interessenvertretung wollen wir die inhaltliche Reorganisation des Studiums in allen Fächern vorantreiben,

betonte der RCDS-Vorsitzende an der Humboldt-Universität Peter Kozany.

Der 23jährige Mathe/Physik-Student will mit seiner RCDS-Gruppe dazu beitragen, daß der gesellschaftspolitische Umbruch in der DDR auch an den Universitäten wirksam wird. Staatliche Bildungsplanung und Parteikadermentalität müßten der Freiheit in Wissenschaft, Forschung und Lehre weichen. Nur so ließe sich die befürchtete „Bildungswanderung in die Bundesrepublik“ vermeiden. ■

JU zu Gast bei der CDJ in Halle

Der Vorsitzende der Jungen Union Deutschlands (JU), Hermann Gröhe, hat letzte Woche als Gast an der 1. Bundeskonferenz der Christlich-Demokratischen Jugend (CDJ) der DDR in Burgscheidungen bei Halle teilgenommen.

Zum Vorsitzenden der CDJ wählten die 120 Delegierten den 28jährigen Ost-Berliner Agrar-Ingenieur Christoph Bender. Der CDJ-Vorstand wurde von der Bundeskonferenz beauftragt, mit den Jugendorganisationen vom Demokratischen Aufbruch (DA) und der Deutschen Sozialen Union (DSU) Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, eine Vereinigung der Jugendverbände herbeizuführen.

Hermann Gröhe überbrachte der CDJ-Bundeskonferenz die Grüße des Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzler Helmut Kohl, und der Jungen Union Deutschlands. In seinem Grußwort stellte er noch einmal den wesentlichen Beitrag der Jugend an der friedlichen Revolution in der DDR heraus.

Junge Union und Christlich-Demokratische Jugend sollten nach den Worten von Hermann Gröhe zukünftig eng zusammenarbeiten.

Erfolg für Bergbau und Bergleute: Jahrhundertvertrag abgesichert

Das Ergebnis der kohlepolitischen Verhandlungen, die die Bundesregierung mit der EG-Kommission geführt hat, ist nach den Worten von Regierungssprecher Hans Klein ein erster erfolgreicher Schritt zur EG-rechtlichen Absicherung des Jahrhundertvertrags in den 90er Jahren.

Die Bundesregierung hat in diesen Verhandlungen ihren Standpunkt klargestellt, daß der Jahrhundertvertrag entsprechend der Vereinbarung vom 24. August 1989 beim Bundeskanzler mit einer Menge von 40,9 Millionen Tonnen pro Jahr bis 1995 abgesichert werden muß. Die EG-Kommission will jetzt zunächst nur eine Genehmigung bis 1991 geben. Über die weiteren Jahre bis 1995 muß deswegen mit der EG-Kommission erneut verhandelt werden. Dann liegt auch der Vorschlag der Mikat-Kommission über das längerfristige Kohlekonzept nach 1995 vor.

Das jetzt erreichte Verhandlungsergebnis schafft für Bergbau und Bergleute die unerläßliche Rechtssicherheit in folgenden zentralen Punkten:

- Die EG-Kommission genehmigt den Kohlepfennig 1989 und ändert damit ihre negative Entscheidung vom Oktober 1989 ab.
- Sie genehmigt ferner die Bezahlung aller aufgelaufenen Altschulden des Verstromungsfonds in der Größenordnung von über sechs Mrd. DM.
- Die Verstromungshilfen werden entsprechend der der Verstromungsnovelle zugrundeliegenden Ausgabenplanung für die Jahre 1990 bis 1993 prinzipiell genehmigt; die Jahre 1992 und 1993 stehen für

die EG-Kommission unter dem Vorbehalt des Ergebnisses der Verhandlungen über das Mengenbild nach dem 31. März 1991, wobei die Bundesregierung für den gesamten Zeitraum bis 1995 unverändert von einer jährlichen Verstromungsmenge von 40,9 Mio. Tonnen ausgeht.

- Die EG-Kommission wird den Jahrhundertvertrag auf der Basis von 40,9 Millionen Tonnen zunächst bis zum 31. März 1991 genehmigen.
- Die Kommission gibt die prinzipielle Zustimmung, daß die Zuschüsse für Revierausgleich und niederflüchtige Kohle in die öffentlichen Haushalte überführt werden und damit den Verstromungsfonds entlasten. Wer das Ergebnis dieses ersten Verhandlungsschrittes jetzt ablehnt, muß wissen, daß er damit die Kohle in 1990 und 1991 der Rechtsunsicherheit aussetzt. Das ist im Interesse der Bergleute nicht zu verantworten.

Die EG-Kommission hat in den Verhandlungen verlangt, daß die Klage gegen die Kommissionsentscheidung vom 30. März 1989 schon jetzt zurückgenommen wird. Dies erscheint der Bundesregierung nicht möglich. Die Bundesregierung möchte zunächst mit der EG-Kommission über das längerfristige Konzept für den deutschen Steinkohlebergbau auf der Basis des Berichts der Mikat-Kommission nachdrücklich dafür eintreten, daß das Klage-Verfahren bis auf weiteres — unter Wahrung der beiderseitigen Rechtsstandpunkte — ruht. In diesem Sinn hat die Bundesregierung intensive Gespräche mit den Bergbauunternehmen und den Revierländern geführt und hierüber Ein-

Neue Wege in der Arbeitsmarktpolitik

1,5 Millionen neue Arbeitsplätze, eine wachsende Zahl offener Stellen und der Rückgang der Arbeitslosenzahl trotz geburtenstarker Jahrgänge, steigender Erwerbstätigkeit der Frauen und trotz rund 721.000 Aus- und Übersiedlern allein im letzten Jahr, kennzeichnen die arbeitsmarktpolitischen Erfolge der Regierung Helmut Kohl. Heute treten zunehmend Paradoxien ins Bewußtsein:

- Immer mehr Unternehmer klagen über Schwierigkeiten bei der Suche nach Fach-, aber auch Hilfskräften.
- Die Zahl der offenen Stellen ist offensichtlich wesentlich höher als die bei den Arbeitsämtern gemeldeten 250.000 Stellen.
- Die Qualifikationsdiskrepanz zwischen Nachfrage und Angebot auf dem Arbeitsmarkt wächst immer mehr.

Vorschläge und Forderungen:

Insbesondere ist es notwendig, die Anstrengungen zur Qualifizierung und Beschäftigung längerfristig arbeitsloser weiter zu verstärken.

1 Aktive Arbeitsmarktpolitik und Maßnahmen zur Qualifizierung müssen sich stärker als bisher am konkreten Bedarf vor Ort ausrichten. Ein Teil der zur Finanzierung von Arbeitslosigkeit bisher eingesetzten Mittel soll in örtliche Finanzpools fließen, um zusätzliche Erwerbsarbeit in neuen Beschäftigungsfeldern (vor allem Pflege und Umweltschutz) zu schaffen. Bei Arbeitsbeschaf-

ungsmaßnahmen ist künftig auch eine Projektförderung zur Erschließung neuer Beschäftigungsfelder vorzusehen.

2 Die Qualifizierungsoffensive ist verstärkt auf den örtlichen Bedarf und auf diejenigen Arbeitnehmer zu konzentrieren, die am unteren Ende der Qualifikationsskala stehen. Das Konzept für diese Gruppe muß heißen: über Teilqualifikation zu Vollqualifikation. Die Ausbildungen sind — wo nötig — sozialpädagogisch zu unterstützen.

3 Kennzeichen vieler Langzeitarbeitsloser sind neben unzureichender Qualifikation ein starker Verlust an Selbstwertgefühl, hohe Verschuldung und häufig Alkohol- oder Medikamentenabhängigkeit. Deshalb muß eine neue Strategie zur Verringerung der Langzeitarbeitslosigkeit folgende Elemente enthalten:

- ▶ Maßnahmen zur Stabilisierung der Persönlichkeit
- ▶ Motivationstraining zur Wiedereingliederung auf dem Arbeitsmarkt
- ▶ Individuelle Hilfe bei der Lösung der Verschuldungsprobleme im Zusammenhang mit Qualifizierungs- und ABM-Projekten
- ▶ Aufbau individueller Beschäftigungsketten, die mit Arbeit für arbeitslose Sozialhilfeempfänger beginnen und über Qualifizierungsmaßnahmen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in ein reguläres Arbeitsverhältnis münden.

4 Die Dienstleistungstätigkeit der Arbeitsverwaltung muß nachhaltig verstärkt werden. Der interne Bürokratiewust der Arbeitsverwaltung muß besei-

tigt werden. Vorrang muß die Stellen-aquisition, der Außendienst und die konkrete Vermittlungstätigkeit haben. Auch die Arbeitsverwaltung muß dezentralisiert werden und „in Kundennähe“ erreichbar sein. Die Arbeitsverwaltung wird aufgefordert, die erfolgreich getesteten computergestützten Stelleninformationssysteme endlich bundesweit flächendeckend einzuführen.

5 Das Solidaritätsprinzip in der Arbeitslosenversicherung muß gestärkt werden. Der Mißbrauch der Arbeitslosen-

Mit neuen Vorschlägen und Forderungen will die CDU neue Wege in der Arbeitsmarktpolitik gehen. Der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Sozialpolitik, Hermann-Josef Arentz, stellt den Beschluß vor, mit dem vor allem die Anstrengungen zur Beschäftigung längerfristig Arbeitsloser verstärkt werden sollen.

versicherung muß konsequenter bekämpft werden. Wer nicht arbeiten oder lernen will, soll auch kein Arbeitslosengeld erhalten. Kritisch überprüft werden muß auch die Praxis vieler Unternehmen, ältere Arbeitnehmer zu „Sozialplan-Arbeitslosen“ zu machen. Statt dessen ist das Instrument der Altersteilzeit aktiv zu nutzen.

6 Die Arbeitsmarktstatistik ist aussagefähiger zu gestalten durch eine Konzentration auf arbeitswillige Arbeitslose und eine vollständige Erfassung der offenen Stellen. Die Kritik von Unternehmen an der Vermittlungstätigkeit der Arbeitsver-

waltung ist solange fragwürdig, wie sie nicht bereit sind, der Arbeitsverwaltung durch eine vollständige Meldung ihrer offenen Stellen einen Gesamtüberblick über die Lage am Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

7 Die nach wie vor bestehende Starrheit der Arbeitszeitregelungen in der Bundesrepublik ist familienfeindlich und widerspricht den Bedürfnissen einer zunehmenden Zahl von Arbeitnehmern und Betrieben. Für Frauen und Männer mit Familienpflichten (Kinder, Pflege) soll ein gesetzlicher Anspruch auf Teilzeitarbeit eingeführt werden.

8 Berufsbegleitende Fort- und Weiterbildung muß tarifvertraglich abgesichert werden. Fort- und Weiterbildung muß im Interesse der Arbeitnehmer wie der Unternehmen zum integrierten Bestandteil des Arbeitslebens werden. Für Frauen und Männer während der Familienphase sind Fortbildungsmaßnahmen, aber auch Urlaubsvertretungen von großer beschäftigungssichernder Bedeutung.

9 Die Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt müssen weiter verbessert werden. Dies gilt vor allem für den beruflichen Einstieg nach der Familienphase. Für Klein- und Mittelbetriebe ist eine Verbundlösung in Trägerschaft der Industrie- und Handelskammern sowie der Handwerkskammern anzustreben, die für qualifizierte Vertretungen während des Erziehungsurlaubs in den Unternehmen sorgt und gleichzeitig Wiedereinstellung und Weiterbildung von Frauen während und nach der Familienphase organisiert.

Den vollen Wortlaut des Beschlusses erhalten Sie auf Wunsch in Einzelexemplaren in der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1.

Volker Rühle:

Die SPD in der DDR wird die Masseneintritte von Mitgliedern der SED nicht verkraften

Der Bundesvorstand der CDU hat auf seiner Sitzung am 8. Februar das Zustandekommen der Allianz für Deutschland einstimmig begrüßt und seiner Freude Ausdruck gegeben, daß es jetzt eine Alternative zu den Sozialdemokraten in der DDR gibt. Generalsekretär Volker Rühle vor der Presse in Bonn: Wir gehen davon aus, daß dieses Bündnis hervorragende Wahlchancen hat. Viele Menschen in der DDR haben darauf gewartet, daß es eine Partei gibt, die glaubwürdig im Einsatz für ein geeintes Deutschland ist, und zwar nicht erst seit dem 9. November, sondern über viele Jahrzehnte hinweg, und die auch eine besondere Glaubwürdigkeit für Soziale Marktwirtschaft in Deutschland hat.

Weiter Rühle: In der jetzigen historischen Situation ist es ganz entscheidend, daß die Bundesregierung durch die Wahlen in der DDR einen Partner bekommt, mit dem sie gemeinsam Politik für Deutschland machen kann. Auch insofern ist die Gründung dieser Allianz von großer Bedeutung für einen stabilen Wandel in Deutschland.

Wenn diese Allianz bei den Wahlen gut abschneidet, dann wird das vielen auch die Gewißheit geben, daß es sich lohnt, in der Heimat zu bleiben, weil es dann einen Partner gibt, der zusammen mit Bundeskanzler Helmut Kohl den Weg zur deutschen Wiedervereinigung abstecken kann.

Die Sozialdemokraten in der Bundesrepublik reagieren immer nervöser. Sie hatten offensichtlich schon geglaubt, wir würden sie allein lassen mit den Landsleuten in der DDR.

Im partei-offiziösen Pressedienst der SPD (PPP) vom 6. Februar versteigt sich Herr Vogel zu Angriffen gegen den Bundeskanzler und gegen mich und wirft uns eine Sonthofen-Strategie vor. Wir wollten äußerste Not, Chaos und völligen Zusammenbruch des Gemeinwesens in der DDR. Das ist nicht nur absolut geschmacklos, sondern auch Zeichen wachsender Nervosität.

Schauen Sie sich Berichte über Versammlungen an, die Egon Bahr in der DDR macht, z. B. in Treffurt, seinem Geburtsort. Dort hat er gesagt, er sei stolz darauf, in Treffurt und nicht in Oggersheim geboren zu sein. Die Thüringer haben ihm die richtige Antwort erteilt. Etwas Geschmackloseres gibt es nicht, als wenn der Architekt der deutschen Spaltung jetzt meint, sich zum Vorkämpfer der deutschen Einheit aufspielen zu müssen.

Wir nehmen das alles zum Anlaß, noch einmal eine Dokumentation über die Deutschlandpolitik der Sozialdemokraten zu machen. Darauf haben die Menschen in beiden Teilen Deutschlands einen Anspruch. Wir werden jedenfalls die deutschen Sozialdemokraten nicht aus ihrer Verantwortung für die Förderung deutscher Zweistaatlichkeit entlassen. Meine Erfahrungen in der DDR sind

im übrigen eindeutig die: Die Leute dort haben ein längeres Gedächtnis als manche in der Bundesrepublik, weil sie existenziell betroffen waren durch das exklusive Verhältnis zwischen der SPD und der SED.

Die Sozialdemokraten in der DDR haben zunehmende Schwierigkeiten mit dem von vielen erhobenen Vorwurf, sie seien dabei, allzu viele Mitglieder der SED aufzunehmen. Daß das keine Erfindung von uns ist, zeigen Flugblätter, in denen sozialdemokratische Ortsverbände gezielt im Mitglieder der SED werben. Da gibt es auch den Aufruf von der SPD/SPD-Basisgruppe 3 vom Prenzlauer Berg von Anfang des Jahres „an alle ehemaligen und alle Noch-SED-Mitglieder“. Da wird gesagt: „Genossen und Kollegen, die SPD (dort noch in der Übergangsphase SPD) ist auch und gerade für euch die demokratische Alternative.“ Also das Gegenteil von Abwehr, sondern Einladung an Noch-Mitglieder der SED, in die SPD einzutreten.

Nehmen Sie dazu die Äußerung von Ibrahim Böhme am 24. Januar im Heute-Journal. Dort hat er erklärt: „Wenn eine Partei mal knapp 120 Tage besteht, dann ist es sehr kompliziert, einen solchen Massenübertritt von der SED zur SPD zu verkraften. Sie kommen — jahrelang geprägt von dem Wahrheits-, Führungs- und Machtanspruch der SED — in unsere Partei und werden wahrscheinlich das, was sich bei uns bereits als sozialdemokratisches Gedankengut entwickelt hat, irgendwie erdrücken.“

Ich glaube, deutlicher kann man die Gefahr gar nicht schildern, als daß die SPD in der DDR erdrückt wird durch die Masseneintritte von Mitgliedern der SED. Und mein Eindruck ist, das ist eine der Achilles-Fersen der Sozialdemokraten in der DDR, und es wird ihre Wahlchancen erheblich beeinträchtigen.

Rita Süßmuth

Betriebe sollten Kindergärten bauen

Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth hat die Wirtschaft aufgefordert, selbst Kindergärten zu bauen, da Bund, Länder und Kommunen wegen der angespannten Finanzlage dazu in den kommenden Jahren nicht ausreichend in der Lage seien. Kleinere und mittlere Unternehmen, für die sich ein eigener Kindergarten nicht lohne, sollten für diese Aufgabe der konkreten Frauenförderung eine Gemeinschaft bilden, sagte Frau Süßmuth auf einem Seminar für Führungskräfte der VEBA AG in Wiesbaden.

Die Wirtschaft könne auf Dauer nicht ignorieren, daß die Frauenförderung eine zentrale sozialpolitische Aufgabe für alle Lebensbereiche geworden sei. Erhebungen hätten ergeben, daß Mitte der 90er Jahre nicht mehr genügend Männer für Führungsaufgaben zur Verfügung stünden und bis zum Jahr 2000 mehr als eine halbe Million Manager fehlten. Frauen müßten die Lücke füllen und jetzt entsprechend gefördert werden.

Bauboom bei Mehrfamilienhäusern

Der Wohnungsbau, insbesondere bei Mehrfamilienhäusern, ist nach Ansicht des Verbandes der Deutschen Hypothekbanken „eindeutig angesprungen“. Darauf deutet die Entwicklung der Hypothekendarlehen seit Mitte 1989 hin. Während die Gesamtzusagen der 24 Mitgliedsinstitute 1989 nur um 2,2 Prozent auf 6,5 Milliarden DM stiegen, erhöhten sie sich allein in der 2. Jahreshälfte um 19 Prozent, bei Mehrfamilienhäusern sogar um 82 Prozent.

„Allianz für Deutschland“

So hilft das Konrad-Adenauer-Haus den Partnern der CDU im Wahlkampf

Nach der Sitzung des CDU-Bundesvorstands am 8. Februar, der sich unter anderem mit Maßnahmen zur Unterstützung der „Allianz für Deutschland“ befaßte, erklärte Generalsekretär Volker Rühle: Bereits einen Tag nach dem Zustandekommen des Wahlbündnisses „Allianz für Deutschland“ haben die leitenden Mitarbeiter in der Bundesgeschäftsstelle unter Leitung von Bundesgeschäftsführer Peter Radunski Verhandlungen mit den Generalsekretären und Mitarbeitern des Demokratischen Aufbruch, der DSU und der CDU in Ost-Berlin aufgenommen. Dabei sind alle organisatorischen, werblichen und personellen Maßnahmen zur Unterstützung dieser drei Allianz-Parteien besprochen worden.

Das Konrad-Adenauer-Haus versteht sich vor allem als Dienstleistungsbetrieb für die Allianz. Wir beraten und geben insbesondere technische Hilfestellung bei der Umsetzung der von den drei Allianz-Parteien erarbeiteten inhaltlichen Konzepte. Die Förderung wird sich im wesentlichen auf die 15 Bezirke der DDR konzentrieren, um schlagkräftige Zentren aufbauen zu können. In jedem der 15 Bezirke wird es eine zentrale Wahlkampforganisation geben.

In diesen 15 zentralen Organisationen steht den Allianz-Parteien ein hauptamtlicher Mitarbeiter aus der Parteiorganisation der CDU Deutschlands als Berater zur Verfügung. Er wird unterstützt von einem Mitarbeiter für Presse- und Öffent-

lichkeitsarbeit. Hinzu kommt ein Abgeordneter der CDU aus dem Europaparlament, dem Bundestag oder den Landtagen.

Neben vielen anderen haben sich bereits Hartmut Perschau und Friedhelm Ost bereiterklärt, die Allianz in der DDR als

Großkundgebungen mit Helmut Kohl

- 20. Februar: Erfurt
- 1. März: Chemnitz
- 6. März: Magdeburg
- 9. März: Rostock
- 13. März: Berlin
- 14. März: Leipzig (Abschlußkundgebung)

Berater zu unterstützen. Der Bremer Landesvorsitzende Bernd Neumann wird in Ost-Berlin für die politische Zusammenarbeit zwischen den Allianz-Parteien sorgen, indem er insbesondere als politischer Berater und Koordinator beim „Demokratischen Aufbruch“ arbeitet. Auf Wunsch der drei Partner-Parteien werden zahlreiche Bundespolitiker der CDU Deutschlands auf Kundgebungen der Allianz sprechen. Der CDU-Vorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, hat sich bereiterklärt, an sechs Großkundgebungen in der DDR teilzunehmen. Die Auftritte des Bundeskanzlers finden gemeinsam mit den drei Parteivorsitzenden der „Allianz für Deutschland“, Wolfgang

Schnur (DA), Hans-Wilhelm Ebeling (DSU) und Lothar de Maizière (CDU-Ost) statt.

Darüber hinaus werden rund 50 Bundesredner, Mitglieder des Präsidiums, des Bundesvorstandes, der Bundestagsfraktion, der Bundesregierung und aus den Landesverbänden der CDU im DDR-Wahlkampf auftreten. Außerdem sollen auf Bitten der „Allianz“ Zielgruppenveranstaltungen mit Bundesrednern durchgeführt werden, z. B. in Universitäten, für den Mittelstand, im Bereich der Agrar- und der Umweltpolitik. Sämtliche Spitzenveranstaltungen werden im Namen der „Allianz für Deutschland“ durchgeführt.

Zielgruppenveranstaltungen

Die „Allianz für Deutschland“ soll mit einigen zentralen Werbemitteln gemeinsam auftreten unter dem Titel: „Allianz für Deutschland — DA, DSU, CDU“.

Für diese Werbemittel haben wir im Adenauer-Haus nach den Vorstellungen der Partner-Parteien ein gemeinsames Logo entworfen. Darüber hinaus wurden Absprachen über gemeinsame Materialien für die Öffentlichkeitsarbeit getroffen:

- Eine Zeitung in drei bis vier Millionen Auflage, 16 Seiten, die möglichst flächendeckend verteilt werden soll.
- Plakate.
- Flugblätter.

Der von den Allianz-Parteien erarbeitete Slogan lautet:

- Ja für Freiheit und Wohlstand
- Nie wieder Sozialismus.

Schließlich ist geplant, daß Politiker der internationalen christlich-demokratischen und konservativen Parteien in der DDR auftreten können, ähnlich wie in der Bundesrepublik beim Europa-Wahlkampf.

Albrecht: Soforthilfe-Programm für DDR

Ein Soforthilfe-Programm für die DDR hat Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht im Landtag in Hannover vorgelegt. Das Programm umfaßt insgesamt 214 Millionen Mark, davon 53 Millionen Mark als Barmittel.

Die finanzielle Hilfe soll schwerpunktmäßig dem alten Land Sachsen-Anhalt (Bezirke Magdeburg und Halle) zugute kommen. Im wesentlichen handelt es sich um Hilfen für kleine, selbständige Betriebe, den humanitären Bereich, die Verbesserung der Verkehrsverbindungen im Grenzbereich und den Umweltschutz.

Niedersachsen will Handwerks-, Handels- und Gewerbe-Betrieben Kleinkredite zum Ankauf von Maschinen und Material zur Verfügung stellen. Darüber hinaus stellt das Land für den Aufbau einer mittelständischen Wirtschaft in der DDR Bürgschaften in Höhe von insgesamt 150 Millionen Mark zur Verfügung.

„Wir wollen, daß die Bürger in der DDR so schnell wie möglich spüren: Es lohnt sich, in der Heimat zu bleiben“, sagte Albrecht in seiner Regierungserklärung. Die Idee der sozialen Marktwirtschaft habe in wenigen Wochen einen „Siegeszug sondergleichen in der DDR vollführt“.

Vorschläge für die Aktion „Freunde helfen Freunden“

Mitglieder von CDU-Verbänden in der Bundesrepublik Deutschland helfen wahlkämpfenden Verbänden in der DDR.

Technische Vorbereitung der Aktion:

1. Schritt: Der Kreisgeschäftsführer nimmt Kontakt mit den Ansprechpartnern in der DDR auf, bietet eine derartige Aktion im Rahmen einer Tagestour in die DDR an und verabredet einen Termin.

2. Schritt: Aufruf in den CDU-Kreisverbänden zur Mitwirkung bei der Aktion „Freunde helfen Freunden“

Weitere Vorbereitung:

- Bereitstellung von Transportmöglichkeiten — Bus, Kleinbus, PKW
- Bereitstellung der benötigten Materialien, entsprechend der folgenden inhaltlichen Vorschläge:

Inhalte der Aktion:

- Verteilen von Informations- und Sympathiewerbematerial (Zeitung, Flugblätter, Aufkleber, Anstecknadeln)
 - ▶ an Info-Ständen im Freien oder im Vorraum von Veranstaltungen (Mitbringen: CDU-Infostand; als Rahmenaktion u. U.: Würstchengrillen, Glühweinausschank oder ein Fäßchen Bier — CDU-Getränkebecher mitnehmen)
 - ▶ an Haushalte
 - ▶ vor Sportveranstaltungen (mit Info-Stand oder ohne; Fußball-WM-Kalender für die DDR)
- Canvassing-Aktionen
 - ▶ Straßencanvassing vor Geschäften

- ▶ Canvassing im Rahmen von Veranstaltungen, z. B. Jugendtreff
- ▶ Canvassing im Rahmen gemeinsamer Hausbesuche

Materialien hierfür: politisches Informationsmaterial, Fußball-WM-Kalender, Kleinwerbemittel: Luftballons, Anstecknadeln, Aufkleber, Tragetaschen

- Kleben von Plakaten (wichtig: Kleber, Eimer, Pinsel mitbringen)
- Zielgruppenaktionen Mitglieder der Jungen Union, Frauen Union, Senioren Union fahren zu Veranstaltungen in die DDR, zu denen jeweils die entsprechen-

Hilfen für den Wahlkampf in der DDR

den Zielgruppen eingeladen wurden (durch Flugblätter, Plakataushang). Im Rahmen eines derartigen Jugend-, Frauen- oder Seniorentreffs können die Mitglieder der CDU zwanglos über die Lebensumstände der Jugend, der Frauen, der Senioren in der Bundesrepublik Deutschland informieren und dadurch zugleich für eine freiheitliche politische Ordnung werben.

Rahmenaktionen

Pressearbeit: Die Teams der Aktion „Freunde helfen Freunden“ nehmen einen Journalisten aus ihrem Heimatverband mit, der über die Aktion berichtet. Optimal, wenn er so begeistert von der Aktion ist, daß er auch aktiv anpackt. ■

Die Materialien für Ihre Aktion

„Freunde helfen Freunden“

18. März:

ALLIANZ FÜR DEUTSCHLAND

Nur die Parteien der Mitte schaffen den Aufbau unseres Landes. Mit vereinten Kräften wollen wir dafür kämpfen, daß endlich Schluß ist mit der Entmündigung unserer Bürger. Der Sozialismus muß weg – das ist das Ziel der „Allianz für Deutschland“. Der Demokratische Aufbruch (DA), die Deutsche Soziale Union (DSU) und die Christlich Demokratische Union (CDU) haben sich zusammengeschlossen. Wir wollen am 18. März die Mehrheit, damit wir regieren können. Nur

dann haben Freiheit, Selbstbestimmung und Wohlstand eine Chance. Wir wollen, daß sich endlich etwas verändert in unserem Land, daß die sozialistischen Strukturen beseitigt und nicht durch die Hintertür wieder eingeführt oder gar nicht erst verändert werden. 40 Jahre lang hat uns der Sozialismus um die Früchte unserer Arbeit betrogen, hat uns eingeschüchtert und eingesperrt, hat unser Land an den Rand des Ruins geführt und Hunderttausende aus dem Land getrieben.

Nie wieder Sozialismus

DA DSU CDU

Flugblatt A3 „Allianz für Deutschland“

Die auf dem nebenstehenden Bestellschein aufgeführten Materialien stellen wir Ihnen für Ihren Einsatz in der DDR kostenlos zur Verfügung. Koordinieren Sie bitte Ihre Aktion mit Ihrem Kreisverband. Viele Kreisverbände haben schon größere Bestellungen getätigt.

Alle anderen Informations- und Werbematerialien (z. B. Aufkleber, Luftballons etc.) können Sie auf dem gewohnten Weg beim IS Versandzen-

trum, Postfach 1328, in 4804 Versmold, gegen Rechnung bestellen. (Siehe auch Gesamtangebot UiD 1/90 vom 11. 1. 1990)

FREUNDE HELFEN FREUNDEN

CDU
Die Zukunft

Nie wieder Sozialismus

Tal!

Freiheit und Wohlstand

ALLIANZ FÜR DEUTSCHLAND
DA DSU CDU

Bestellschein

„Freunde helfen Freunden“

CDU-Bundesgeschäftsstelle
Abt. Information
Herrn Geiser
Konrad-Adenauer-Haus
5300 Bonn 1

Absender:

--	--	--	--

CDU-KV-Nr.

CDU-Verband

Vorname, Name

Straße

PLZ Ort

Best.- Nr.	Menge	Artikel
17231		Rahmenplakat A1 „JA — Allianz für Deutschland“
11232		Rahmenflugblatt A4 „JA — Allianz für Deutschland“
17230		Poster A2 „Freunde helfen Freunden“
17235		Poster A1 „JA — Allianz für Deutschland“
11234		Flugblatt A3 „Allianz für Deutschland“
12220		Fußball-WM-Kalender für die DDR

Datum

Unterschrift

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Rückstand der DDR-Wirtschaft

Jeweils letzter verfügbarer Stand

BR
DEUTSCH-
LAND

DDR

In der
INDUSTRIE

Produzierte Kraft-
wagen je Beschäf-
tigten und Jahr
in der Kfz-Industrie



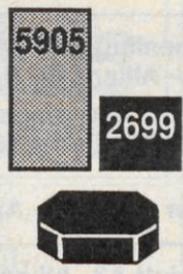
In der
LAND-
WIRTSCHAFT

Doppelzentner
Getreideeinheiten
je Arbeitskraft
und Jahr



Im
BERGBAU

Jahresförderung
je Beschäftigten
im Braunkohlen-
bergbau in Tonnen



Beim
ENERGIE-
VERBRAUCH

kg SKE
je 1000 DM
Produktion



Bei der
LUFTVER-
SCHMUTZUNG

SO₂- und NO_x-
Emissionen
in kg je
Einwohner
und Jahr



© Globus

Die Graphik zeigt eindrucksvoll, wie groß in allen wichtigen Bereichen der Rückstand eines Landes ist, das wie die DDR einer bürokratischen Kommandowirtschaft unterworfen ist.

UID

6/90

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion:
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300
Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Tele-
fon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93, Ver-
trieb: Telefon (02 28) 544-421, Verlagsleitung: Dr.
Uwe Lüthje, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto
Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln
Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementpreis
jährlich 48,— DM, Einzelpreis 1,20 DM, Herstellung:
Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.